

Dokumente

Dokument 1:

Wilhelm Külz: „Staatsaufbau im neuen Deutschland“. Rede auf dem Erfurter Parteitag 6.–8. Juli 1946

„Wenn durch eine elementare Naturkatastrophe, etwa durch ein Erdbeben, ein Gebäudekomplex in sich zusammenstürzt und dabei auch Teile des Grund und Bodens, auf dem der Bau stand, in die Katastrophe mit hineingerissen wurden, dann wird der Eigentümer nicht klagend oder verzagend vor den Trümmern stehenbleiben, sondern er wird für das Wegräumen der Trümmer sorgen und wird sich schon während dieser Aufräumarbeiten um einen neuen Grundriß bemühen, wird Pläne zur Errichtung eines neuen Hauses besorgen, wird Baumaterial beschaffen und wird auch schon an die Inneneinrichtung für sein künftiges neues Heim denken, um es für sich wohnlich zu gestalten. In gleicher Lage befindet sich seit Mai 1945 das deutsche Volk. Sein Staatsgebäude war zusammengefallen. Nichts, gar nichts war übriggeblieben. Und nun standen und stehen wir vor der Notwendigkeit eines Neubaus. Wie soll der Staatsaufbau für ein neues Deutschland vor sich gehen, wie soll er gestaltet werden?

Jeder Versuch einer äußeren und inneren Neuordnung des deutschen Staatswesens muß von den Tatsachen ausgehen, die der Krieg geschaffen hat, wenn anders er nicht den Boden der Wirklichkeit verlassen will und damit von vornherein zum Scheitern verurteilt sein müßte. Aufgabe einer staatlichen Aufbaupolitik ist es nicht, sich in staatsphilosophischen Gedankengängen oder anderen Ideologien zu ergehen, sondern Versuche einer praktischen Lösung zu unternehmen. Von dieser Grundvoraussetzung aus ist es geboten, zunächst einmal die Besatzungszonen als zeitlich bedingte Tatsache anzuerkennen. Diese Gliederung des deutschen Raumes ist nicht das Ergebnis einer organischen Entwicklung, sondern eine durch den Krieg und durch die Sicherheit der gegen uns im Kriege gestandenen Mächte bedingte Maßnahme. Der Krieg ist keine organische Entwicklungsform, sondern er leitet sie höchstens ein, und es ist die Sache nachfolgender Friedensmaßnahmen und Rechtssetzungen, die durch den Krieg geschaffene *tatsächliche* Lage in einen Rechtszustand überzuleiten. Die vier Besatzungszonen, in die Deutschland aufgeteilt ist, sind staatliche Gebilde, für die es ein geschichtliches Beispiel nicht gibt. Die Souveränität in den einzelnen Besatzungsgebieten liegt ausschließlich bei der betreffenden Besatzungsmacht. Daneben besteht eine kollektive Souveränität über den gesamten besetzten deutschen Raum in dem Alliierten Kontrollrat. In den einzelnen Besatzungszonen ist die Souveränität der betreffenden

Besatzungsmacht absolut. Hinsichtlich von Maßnahmen, die gemeinschaftlich über den gesamten deutschen Raum hinweg gelten sollen, ist der Alliierte Kontrollrat Inhaber der Souveränität. Es ist notwendig, auch diese Tatsache sich zu vergegenwärtigen, wenn man den richtigen Ausgangspunkt für eine Neuordnung des deutschen Staatswesens finden will.

Gegenwärtig gibt es also im deutschen Raum nur eine staatliche Souveränität, nämlich die der Besatzungsmächte. Was unsere Besatzungsmächte, und was wir mit ihnen erstreben, ist als letztes Ziel die Überleitung der Souveränität des Willens der Besatzungsmächte in die Souveränität des deutschen Volkswillens, in eine deutsche Demokratie. Wir befinden uns jetzt auf der allerersten Etappe des Weges vom zonengeteilten Besatzungsstaat zum einheitlichen demokratischen deutschen Volksstaat.

Was wir bisher an Mitbestimmungsrecht für die Neuordnung des deutschen Gemeinschaftslebens besitzen, das ist ein aus dem Willen der Besatzungsmächte stammendes und abgeleitetes Mitbestimmungsrecht. Noch ist die Souveränität der Besatzungsmächte das Entscheidende, und nicht die Souveränität des Volkswillens, die in einer künftigen Demokratie die Grundlage des Staatswesens bildet. Die Besatzungsmächte haben die Absicht, uns auf immer breiter werdender Grundlage zu aktiver Mitarbeit am Staatsleben heranzuziehen. An uns wird es sein zu zeigen, daß wir zu solcher Mitarbeit reif sind. Unsere Besatzungsmächte werden es nicht zu bereuen haben, wenn sie in immer stärker werdendem Umfang uns an der Ausgestaltung unseres Staatslebens teilnehmen lassen. Kant hat recht, wenn er sagt: „Niemand kann zur Freiheit reifen, es sei denn, daß er zuvor selbst in Freiheit gesetzt werde.“

Die Besatzungsmächte wollen weiter aus der zur Zeit noch stark in die Erscheinung tretenden Zonenabgrenzung in einen Zustand der einheitlichen wirtschaftlichen und staatlichen Ordnung gelangen. Wir begrüßen das aufrichtig, denn *unser Ziel ist der deutsche Einheitsstaat*.

Dieser Einheitsstaat ist uns kein Schlagwort, sondern er ist uns der Begriff der Zusammenfassung der uns verbliebenen Leistungskraft auf allen Gebieten. Nie aber hat ein Volk in der Geschichte Geschlossenheit und Leistungskraft nötiger gehabt, als das deutsche Volk der Gegenwart. Wir verwerfen deshalb alle Loslösungsbestrebungen aus dem deutschen staatlichen Verband als Verbrechen gegen das Leben des deutschen Volkes. Ebenso verwerfen wir jedes Auseinanderstreben in kleine, leistungsschwache staatliche Gebilde. Für Separatismus und Partikularismus ist weder im Kopf noch im Herzen eines wahren Deutschen Raum. Wir erstreben eine starke, kraftvolle und geschlossene Zusammenfassung in einem deutschen Staatswesen als dem Einheitskörper des deutschen Volkes. Das hindert nicht, im Gegenteil, das bedingt sogar, daß das Volkstum in den einzelnen Teilen Deutschlands sich frei und ungehindert entfalten kann nach seiner wahren Wesensart. Man spricht viel von der Eigenart der Stämme in Deutschland. Die ist tatsächlich auch vorhanden, aber es

wäre ein großer Irrtum anzunehmen, daß die einzelstaatliche Gliederung in der deutschen Vergangenheit im wesentlichen stammesbedingt gewesen sei. Es gibt z. B. ein Land Bayern, aber keinen bayerischen Stamm; im Lande Bayern gibt es bekanntlich mehrere Stämme. Es gibt auch keinen preußischen Stamm. Bestimmend für die früheren staatlichen Bildungen waren im wesentlichen dynastische Gründe, oft dynastische Zufälligkeiten. Aber aus dieser Zeit ist die Vorstellung der Bevölkerung mit diesen staatlichen Gebilden und mit dem, was sie zweifellos an Eigenart entwickelt haben, noch so stark verkettet, daß sie sich nicht gedanklich und empfindungsmäßig von ihnen trennen mag. Sobald dabei berechnigte regionale Eigenarten in Frage kommen, müssen sie natürlich berücksichtigt werden, aber die früheren staatlichen Gebilde müssen jetzt nach Form und Inhalt übergeleitet werden in landsmannschaftliche Selbstverwaltungskörper, und wenn jetzt in einzelnen Landesgebieten verfassungsmäßige Bestimmungen erörtert werden, so müßte überall das Bekenntnis zur Einheit Deutschlands an der Spitze stehen.

Ein staatliches Problem Preußen gibt es nicht mehr. Es ist für den gegenwärtigen Augenblick müßig, darüber streiten zu wollen, ob die Mission Preußens in der deutschen Geschichte verhängnisvoll oder erfolgreich gewesen ist. Die Tatsache bleibt auf jeden Fall bestehen, daß die Mission Preußens als Staat der Vergangenheit angehört. Ein preußischer Staat ist nicht mehr vorhanden; infolgedessen kann auch eine staatliche Neugliederung des deutschen Raumes vollkommen unbelastet durch ein preußisches Problem vor sich gehen. Uns ist es ein Gebot für die deutsche Zukunft, daß für alle das deutsche Volk in seiner Gesamtheit betreffenden Lebensgebiete eine einheitliche Zentralgewalt vorhanden ist. Eine überspitzte zentralistische Staatsgewalt lehnen wir ab. Den Gebietsverwaltungen muß hinreichend Spielraum zu lebensnaher Handhabung der Selbstverwaltungsfunktionen gelassen werden. So erstreben wir ein neues Deutsches Reich als *dezentralisierten Einheitsstaat*. Die Bezeichnung „Deutsches Reich“ ist historisch geworden. Unsere Gegner von gestern empfinden noch Abneigung gegen die staatliche Benennung „Deutsches Reich“. Für sie ist nach den Erfahrungen der letzten zwölf Jahre der Nazizeit „Deutsches Reich“ der Inbegriff aller militaristischen und imperialistischen Politik. Tatsächlich ist unter der Nazierrschaft das Deutsche Reich dies auch wirklich gewesen; aber wir leben ja doch jetzt in einer anderen Zeit; das deutsche Volk bemüht sich, aufrichtig und ehrlich, sein Gemeinschaftsleben auf demokratischer, friedlicher und fortschrittlicher Grundlage neu zu orientieren; und wenn unsere einstigen Gegner die Gewißheit haben, daß diese Neuorientierung gelingen wird, so werden sie sich überzeugen, daß es auch noch ein anderes Deutsches Reich geben kann, als dasjenige war, das in der Nazizeit bestand, und zwar ein Deutsches Reich als Sinnbild, Hort und Verkörperung einer friedlichen, fortschrittlichen, demokratischen Politik. Wir möchten deswegen hoffen, daß

auf seiten unserer einstigen Gegner die Bedenken gegen die staatliche Benennung des deutschen Raumes als „Deutsches Reich“ fallengelassen werden.

Wenn in Friedenszeiten eine organische Neuordnung des deutschen Raumes möglich gewesen wäre, so würde man zweckmäßigerweise drei Reichsländer geschaffen haben: Reichsland Norddeutschland, Reichsland Mitteldeutschland, Reichsland Süddeutschland. Das Reichsland Norddeutschland hätte das ehemalige Staatsgebiet Preußens und der von ihm umschlossenen kleineren Staatengebilde enthalten. Das Reichsland Mitteldeutschland hätte Sachsen, Thüringen, Hessen und die dazwischen ehemals preußischen Gebiete enthalten. Das Reichsland Süddeutschland würde sich aus Bayern, Baden und Württemberg zusammengesetzt haben. Diese Reichsländer wären eine Ablösung der Kleinstaaten durch leistungsfähige Gebilde gewesen. Ein unvermitteltes Aufeinanderprallen von Nord und Süd wäre vermieden worden. Keins dieser Reichsländer hätte das andere beeinträchtigen können, und die historisch gewordenen Einzelstaaten hätten als Gebietsverwaltungsträger bestehen bleiben können. Nach dem Krieg ist für eine so gestaltete territoriale Gliederung des deutschen Raumes keine Möglichkeit gegeben. Der Krieg hat zwangsläufig eine andere staatliche Einteilung des deutschen Raumes geschaffen: die Besatzungszonen. Diese Gliederung ist eine geschichtliche Tatsache, und sie ist ein Zustand, von dem ein Abweichen von keiner der Besatzungsmächte ernsthaft erwogen werden würde, weil eben jede der Besatzungsmächte aus Sicherheitsgründen diesen tatsächlichen Zustand für notwendig hält. Es kann keineswegs damit gerechnet werden, daß eine der Besatzungsmächte zugunsten einer staatlichen Neuordnung Deutschlands auf ihre Zone in territorialer oder Zuständigkeits-Hinsicht verzichten könnte. Allerdings nehmen wir andererseits auch als selbstverständlich an, daß die jetzige Zoneneinteilung keine weitere territoriale Schmälerung des deutschen Raumes, vor allem nicht an

Ruhr, Rhein und Saar

bringen wird. Gegen die Besorgnis eines aus dem Rhein- und Saargebiet heraus sich entwickelnden wirtschaftlichen aggressiven Imperialismus können die nötigen Sicherheiten ohne Abtrennung deutscher Gebieteile durch wirtschaftliche Internationalisierung der dortigen Kohlenwirtschaft unter Berücksichtigung auch der deutschen Interessen geschaffen werden. Die Zonengrenzen werden wir während der Dauer der Besatzung als unabänderlich hinnehmen müssen, aber nicht als wirtschaftliche und innerdeutsche Barrieren, sondern als äußere Grenzstriche für die militärischen Besatzungsstellen. Deswegen wäre es Politik im luftleeren Raum, wenn man eine Neugliederung Deutschlands ohne Berücksichtigung dieser Tatsachen vornehmen oder einleiten wollte. Von dieser grundsätzlichen Er-

wägung geht der Vorschlag aus, das Deutsche Reich während der Besatzungszeit zu gliedern in

- ein Reichsland Ostdeutschland,
- ein Reichsland Westdeutschland,
- ein Reichsland Süddeutschland und
- ein Reichsland Südwestdeutschland.

Diese vier Reichsländer sind territorial gesehen gleichbedeutend mit den jetzigen Besatzungszonen, und der Einwand liegt für den oberflächlichen Beurteiler nahe, daß damit die Zonengrenzen verewigt werden. Demgegenüber ist zu betonen, daß diese Reichsländer eben nicht mehr verkehrsmäßig, wirtschaftlich oder gar politisch getrennte Gebiete sein sollen, sondern Länderbestandteile eines neuen Deutschen Reiches. Das Wesentliche ist dabei, welche Rolle die Länder im Gesamtorganismus des Deutschen Reiches künftig spielen sollen und welche Funktion die Reichsgewalt als solche und im Verhältnis zu den Ländern haben wird.

Hier ergibt sich nun die entscheidende Frage der funktionellen Zuständigkeiten und der Gestaltung der Exekutive und Legislative in dem Deutschen Reich der Zukunft.

Der Aufbau soll von den Selbstverwaltungskörpern ausgehen

Hier sind wir mitten in der Anfangsentwicklung. Da die Besatzungsmächte in vollstem Umfange die Staatsgewalt sowohl als legislative wie als exekutive Funktion selbst übernommen haben, bestimmen sie in dem jetzigen ersten Entwicklungsstadium, sowohl nach der Seite der sachlichen Betätigung wie nach der persönlichen Teilnahme der Bevölkerung, Art und Umfang der Selbstverwaltung. Das Ziel dieser Entwicklung ist für die Besatzungsmächte wie für uns möglichster Ausbau der Selbstverwaltung. Aufbau der Gemeindevertretung auf dem Willen der gesamten, politisch mündigen Bevölkerung, Vereinheitlichung und volkstümliche Gestaltung der Verwaltung. Da die Gemeinde kein isolierter, für sich allein bestehender Gemeinschaftskörper ist, sondern als die Urzelle des neuen Staates der Bestandteil eines größeren Organismus werden soll, muß diese organische Verbindung von vornherein gewährleistet sein. In dieser Beziehung ist es von ganz wesentlicher Bedeutung, von welchen Gesichtspunkten aus die Beteiligung der Bevölkerung an der Selbstverwaltung geordnet wird. In den einzelnen Zonen nimmt die Entwicklung einen verschiedenen Gang. Beteiligung auf Grund von Wahlen, Ernennungen, Bestätigung der leitenden Persönlichkeiten wechseln miteinander ab. Das selbstverständliche Entwicklungsziel ist die Schaffung der Vertretungskörper auf der Grundlage allgemeiner Wahlen.

Die Selbstverwaltung gewährt innerhalb der hierfür bestimmten Grenzen *den Selbstverwaltungskörpern Autonomie*; auch den Gebietsverwaltungen und Reichsländern ist gesetzlich genau abgegrenzte Autonomie zu

gewähren, aber niemals sollen die Gemeinden Staat im Staate spielen wollen oder die Reichsländer Reich im Reiche.

Es gibt in der Theorie zwei vollkommene Wahlsysteme. Das eine ist das gleiche, allgemeine, unmittelbare Wahlrecht. In der Praxis kann dieses System zum Despotismus der Ziffer werden. Es liefert die Entwicklung des Gemeinlebens einer Mehrheit aus, die vielleicht nur gering, vielleicht auch nur zufällig und vorübergehend ist. Das andere in der Theorie vollkommene Wahlsystem ist das berufsständische. Es gibt die Gewähr, daß alle wesentlichen Berufsschichten ihre Vertretung finden. In der Praxis ist es ein System der Kirchturmspolitik, ein Abstellen auf rein materielle Interessen, ein Etablieren des Kampfes aller gegen alle. Keines dieser beiden Systeme ist also für die Praxis allein zu gebrauchen. Es ist deswegen von jeher das Bestreben zu verzeichnen gewesen, die Schwächen des Systems des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren Wahlrechts dadurch zu mildern, daß man entweder die Alleinherrschaft der Mehrheitsziffer durch Berücksichtigung der Minderheiten, d. h. also durch ein Verhältnis-Wahlsystem, mildern wollte oder daß man in die Vertretungskörper, die durch gleiche, unmittelbare Wahlen gewonnen werden, auch berufsständische Vertretungen mit aufnahm. Zuweilen hat man auch Verhältnis-Wahlsystem und berufsständische Vertretung kombiniert. Demgegenüber ist zunächst einmal daran festzuhalten, daß auch bei den

Wahlen zu den Selbstverwaltungskörpern

politische Gesichtspunkte im Vordergrund stehen und daß deswegen in den letzten Grundzügen ein Wesensunterschied zwischen Staats- und Gemeindepolitik nicht besteht. Die Selbstverwaltungsvertretungen sind ihrem Wesen nach politische Vertretungskörperschaften, und die politischen Parteien sind deswegen die gegebenen Ausgangspunkte auch für die Gemeindewahlen. Die Gefahr, daß dabei berechnete wirtschaftliche oder berufsständische Rücksichten zu kurz kommen könnten, besteht keineswegs, denn die politischen Parteien legen natürlich schon im eigensten Interesse Wert darauf, unter möglichst vielseitiger Interessenberücksichtigung auf dem Plan zu erscheinen und Einseitigkeiten bei Wahlvorschlägen zu vermeiden.

Bei den jetzigen Anfängen zur Ausbildung eines Gemeindewahlrechts hat man bestimmten Berufsständen ein Vorschlagsrecht neben den politischen Parteien gegeben. Bei einer endgültigen späteren Normalisierung des Wahlrechts wird nachzuprüfen sein, ob diese berufsständischen Vertretungen wirtschaftlicher Verbände oder sogar ständische Privilegien einzelner Kulturträger, wie z. B. der Universitäten, aufrechterhalten werden können, und ob es sich nicht empfiehlt, auch die Selbstverwaltungskörper aus rein politisch orientierten Wahlen hervorgehen zu lassen.

Den Listenwahlvorschlag wird man für den Anfang nicht entbehren können. Bei fortschreitender politischer Reife des deutschen Volkes wird

die Listenkandidatur zu ersetzen sein durch die listenmäßig nicht gebundene Kandidatur der Persönlichkeit.

Zwischen die Selbstverwaltungskörperschaften unterer Ordnung und den Reichsländern müssen selbstverständlich verwaltungsmäßige Zwischenorganismen eingeschoben werden, die ihrerseits an die geschichtliche Entwicklung anknüpfen können. Sachsen, Bayern, Hessen, Westfalen, Thüringen usw. sind als Gebietsverwaltungen durchaus gesunde Gebilde. Auch ihre Vertretungskörper müssen aus gleichen, allgemeinen, unmittelbaren Wahlen hervorgehen, und ihre zentralen Verwaltungsstellen müssen aus diesen Vertretungskörpern geboren werden und ihnen verantwortlich sein. Für das Deutsche Reich ist ein aus gleichen, allgemeinen und unmittelbaren Wahlen hervorgehender *Reichstag* die gegebene legislative Körperschaft, die aus sich heraus die Exekutive in Gestalt einer Reichsregierung schafft. Ein vom Reichstag gewählter Ministerpräsident beruft die einzelnen Ressortchefs. Für diese zentrale Reichsverwaltung bzw. Reichsregierung sind vorzusehen ein Reichsministerium für Wirtschaft (einschließlich Ernährung, Binnenhandel und Außenhandel), ein Reichsministerium für Justiz, ein Reichssozialministerium, ein Reichsministerium für Volksbildung, ein Reichsministerium für Finanzen, ein Reichsministerium für Verkehr (Post, Bahn, Wasserstraßen usw.). Damit ein reibungsloses Zusammenarbeiten mit den Reichsländern gewährleistet wird, ist je ein Vertreter der einzelnen Reichsländer in die Regierung aufzunehmen. Man könnte auch an eine zweite Körperschaft denken, die sich aus Vertretern der Länder zusammensetzt. Aber dieser Dualismus würde zweifellos viele Bedenken gegen sich haben.

Die Möglichkeit, bei besonders wichtigen Fragen und aus besonderen Anlässen die Entscheidung unmittelbar durch das gesamte Volk herbeizuführen, also durch

Volksentscheid

und nicht durch die Volksvertretung, muß geschaffen werden. Es ist aber von vornherein darauf zu achten, daß hier keine Übersättigung Platz greift. Bei einer zu häufigen Anwendung des Volksentscheidverfahrens verliert dieses an Bedeutung und an Interesse, und man bekommt dann eine nach und nach geringer werdende Beteiligung, so daß schließlich gar nicht mehr der Mehrheitswille zum Ausdruck kommt.

Bei einer Ausgestaltung des demokratischen Staatswesens Deutschland kommt es nicht darauf an, ein System der Besatzungsmächte kritiklos zu übernehmen. Wohl können und sollen wir von den alten Demokratien lernen, aber wir wollen doch einen *deutschen* Staat schaffen, und auch die Besatzungsmächte werden dafür volles Verständnis haben, denn der Brite würde sich unter einer amerikanischen Demokratie und der Franzose unter einer sowjetischen Demokratie nicht in gleicher Weise wohl füh-

len wie unter der eigenen. Eine eigengeprägte deutsche Staatsform, also einen *deutschen Nationalstaat*, gilt es zu schaffen. Die Idee des Staates und der in ihm verkörperten deutschen Volksgemeinschaft steht uns turmhoch über dem eigenen Ich, über der Partei, über der Erwerbs- und Gesellschaftsschicht. Die beste Staatsform bleibt ein hohles Gefäß, wenn der Staatsinhalt nicht den Tiefenströmungen des eigenen Volkslebens gerecht wird. Deswegen wollen wir über die Anfänge der neuen demokratischen Staatsform hinaus schon heute an die innere Einrichtung unseres künftigen staatlichen Heimes denken. Die Zeit ist gekommen, wo wir an eine sorgfältige und planmäßige Vorarbeit herangehen müssen, selbst wenn es sich um provisorische Maßnahmen handelt. Eine von den Besatzungsmächten gemeinschaftlich eingesetzte Körperschaft würde den Auftrag erhalten können, eine

Provisorische Verfassung

aufzustellen, über die dann durch Volksentscheid oder von einer für diesen Zweck besonders gewählten Nationalversammlung zu entscheiden hat. Die Ziele, die wir dabei verfolgen, stehen schon heute klar vor uns: wir wollen einen deutschen Nationalstaat, aber keinen nationalistischen Staat; wir wollen einen Einheitsstaat mit Zentralgewalt, aber keinen zentralistischen Staat, wir wollen einen Volksstaat, aber keinen Klassenstaat; wir wollen einen Staat des Rechts und der Gesittung, einen Staat wahrer Kultur und wahren Menschentums, einen Staat, der eine politische, wirtschaftliche, geistige und seelische Heimat des deutschen Volkes und ein Hort des Friedens, der Freiheit und des Fortschritts in der Menschheit ist.

Die Hoheitszeichen des neuen Deutschen Reiches zu bestimmen kann man getrost der späteren, verfassunggebenden Körperschaft überlassen. Aber schon heute werden wir uns mit der Tatsache abfinden müssen, daß die Farben Schwarz-Weiß-Rot geschichtlich durch das Nazitum dauernd entwürdigt worden sind. Unberührt ist die geschichtliche Ehre der Farben Schwarz-Rot-Gold, und in einer neuen Deutung könnten sie einer neuen deutschen Zukunft voranleuchten: durch die dunkle schwarze Nacht des Niederbruchs in glühender Liebe zum deutschen Vaterland einer neuen deutschen Zukunft und goldenen Freiheit entgegen.

So wollen wir an die Arbeit der staatlichen Neuordnung Deutschlands herantreten in dem Bewußtsein, daß in einer Demokratie jeder einzelne sich fühlen muß als selbstverantwortlicher Träger des Schicksals seines Volkes. „L'état c'est moi“, der Staat bin ich, hat einmal ein französischer Alleinherrscher gesagt. Dieser Satz gilt viel mehr noch für die Demokratie als für die monarchische Alleinherrschaft. Hier aber nicht für einen, sondern für alle; hier nicht im herrschenden, sondern im dienenden Sinne. Jeder Staatsbürger ist voll verantwortlich für das Schicksal seines Volkes.

Das ist der einfache, aber auch tiefste Sinn der Demokratie; das ist der letzte Sinn auch jeder Friedensarbeit für Volk und Vaterland und für den Kampf, über dem geschrieben steht:

„Hier geht das Riesenringen nicht mehr um Mein und Dein,
wir wollen mehr erzwingen: ein neues deutsches Sein.“

Quelle: Der Morgen, 7. Juli 1946.

Dokument 2:

Wilhelm Külz: „Wohin gehen wir?“ Rede auf dem Eisenacher Parteitag 4.–7. Juli 1947

Wohin gehen wir? Man ist versucht, mit Heraklit zu antworten: panta rhei, alles ist in Fluß. Im selben Augenblick aber klingt sofort jedem Politiker, der zum Volke spricht, das Gebot des Archimedes entgegen: Gib mir, wo ich stehe! So wollen wir in dieser ernstesten politischen Stunde bemüht sein, uns klarzumachen, wo wir stehen und wohin wir gehen müssen oder wollen: in der Welt, im deutschen Volk, in der Partei. Jeder Augenblick in der auch heute noch in voller Entwicklung begriffenen ungeheueren Umschichtung der Welt kann schicksalsbestimmende Entscheidungen bringen. Demgegenüber müssen wir gewappnet sein, wir müssen aus der Vergangenheit immer wieder von neuem die Lehren für Gegenwart und Zukunft ziehen, „dann ist Vergangenheit beständig, das Künftige voraus lebendig, der Augenblick ist Ewigkeit“.

Wir sind bestrebt, die Politik eine solche der reinen Vernunft sein zu lassen und dahin zu wirken, daß die Wirklichkeit vernünftig und das Vernünftige Wirklichkeit wird. Deshalb müssen wir immer wieder von neuem den Mut aufbringen, die Dinge so zu sehen, wie sie sind, in der Welt und bei uns, um den richtigen Ausgangspunkt und das richtige Ziel unserer Politik zu gewinnen. Die Lage bei uns und in der Welt erhält ihr Gepräge noch immer durch die Versuche, den Frieden zu gewinnen. Krieg ist seinem Wesen nach immer Gewalt; er kann Realitäten schaffen, aber einen Rechtszustand und eine organische Neuordnung der durch den Krieg geschaffenen Tatsachen kann nur der Frieden bringen. Seit zwei Jahren ruhen die Waffen. Die Politik übernimmt nach und nach wieder die Rolle einer ordnenden und schaffenden Kraft, ihr letztes und heiligstes Ziel ist die Schaffung und Sicherung des Weltfriedens. Auf dieses Ziel ausgerichtet, darf Politik niemals die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln sein. (Beifall.) Jeder Krieg schafft naturnotwendig bei Siegern und Besiegten unausgeglichene Einstellungen, ja häufig auch psychoseartige Zustände. Besonders nach Koalitionskriegen ist es nicht immer leicht, auch bei den Siegermächten zu einer einheitlichen Einstellung zu gelangen.

Die letzten Wochen und Monate legten den Satz nahe: Der Leidensweg Deutschlands ist mit Konferenzen bepflastert. Im Vorraum zum Frie-

den hängen an den Wänden viele Pläne. Ich gehe nicht soweit, wie ein auswärtiges Blatt sagte: Die Verantwortlichen in der Welt verdecken ihre Unfähigkeit, zum Frieden zu kommen, und ihre Planlosigkeit durch die Fülle ihrer Pläne. Das ist, glaube ich, falsch gesagt. Man muß sich schon mit diesen Plänen auseinandersetzen. Die Konferenz von Moskau hat die Hoffnung auf eine unmittelbare Entlastung Deutschlands nicht erfüllt. Gleichfalls kann man sie nicht als erfolglos bezeichnen. Es wurde ein großes Ziel erreicht: Daß die Gegensätzlichkeiten, die zwischen den Alliierten bestanden, ohne großes Herumgerede ganz klar herausgestellt worden sind. Man sieht, worin diese Gegensätzlichkeit besteht. Diese Gegensätzlichkeiten in Moskau wurden nicht aufgestellt, um sie zu verschärfen, sondern mit dem Ziel und Wunsch, sie zu überwinden oder sie zumindest zu mildern. Praktisch sind wir nach dieser Richtung inzwischen nicht weitergekommen. Im Gegenteil! Die letzten Wochen haben eine Entwicklung gebracht, die von einer Überwindung und Beilegung der Gegensätze weit entfernt ist: Die Schwierigkeiten sind diesmal viel größer als 1918. Das Weltbild ist ein ganz anderes als damals. 1918: Die Sowjetunion noch im ersten Entwicklungsstadium begriffen, noch eben mit dem Zarismus im letzten Ringen, noch nicht in sich gefestigt, im Konzert der Mächte ohne alle Bedeutung und ohne Einfluß. Heute, nach dreißigjähriger Entwicklung: Die Sowjetunion steht vor uns und vor der Welt als eine gewaltige leistungsmäßige Kraft auf allen Gebieten. Das mag für manchen bei uns und für manchen in der Welt unbequem sein, aber es ist eine Realität, mit der wir bei unserer Politik zu rechnen haben.

Die Stellung der Vereinigten Staaten ist heute anders als 1918. 1918: An der europäischen Entwicklung gar nicht interessiert. Im Gegenteil, sie ließen ihren eigenen Präsidenten im Stich, als er den Gedanken des Völkerbundes in die Tat umsetzte. Amerika trat dem Völkerbund nicht bei. Heute: Die Vereinigten Staaten ganz stark, von Woche zu Woche intensiver interessiert an der europäischen Politik, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch allgemeinpolitisch, ganz stark die Linie der Politik in Europa verfolgend und einflußnehmend auf diese Entwicklung.

Auch Englands Stellung ist heute eine andere als 1918. Heute steht England vor den größten Problemen, mit denen es je in der Geschichte des Empire zu tun gehabt hat: Palästina, Ägypten, Indien, Balkan.

Auch Frankreich befindet sich heute in einer anderen Lage. Noch in einem völligen Gärungsprozeß begriffen; innenpolitisch noch nicht wieder konsolidiert, außenpolitisch von einer ungeheuren Angst erfüllt, es könnte erneut einer Invasion von Osten her ausgesetzt sein.

So sehen Sie, meine lieben Parteifreunde, in großen Zügen skizzenhaft dargestellt das Weltbild. Sie werden daraus erkennen, daß die Versuche, zu einer Neuordnung der Welt zu kommen, die durch den Nazikrieg aus den Angeln gehoben wurde, heute auf größere Schwierigkeiten stößt als 1918. Geschichtlich gesehen müssen wir Geduld haben. Wir hoffen, daß

die Gegensätzlichkeiten, die sich in der Entwicklung jetzt ergeben haben, nicht auf unserem Rücken ausgetragen werden. Wir hoffen vielmehr, daß wir die Möglichkeit haben, die Gegensätzlichkeiten doch noch zu überwinden oder zu mildern. Hinter uns liegen die Verhandlungen in Paris über den sogenannten Marshall-Plan. Der Amerikaner ist ein ganz nüchterner weitblickender Disponent. Er sieht, daß seine Wirtschaft einmal eine absteigende Tendenz haben wird. Er sorgt beizeiten dafür, daß er neue Absatzmärkte hinzugewinnt. Das kann man ihm von seinem Standpunkt aus nicht verdenken. Die Sorge der Sowjetunion scheint zu sein, daß Amerika dabei auch Machtziele verfolgt. Wer kennt denn diesen Marshall-Plan? Keine einzige Zeitung der Welt hat diesen Plan je veröffentlicht. Es scheinen nur lose Vorschläge gewesen zu sein. Ich kenne keinen solchen Plan und habe als Politiker nicht das Bedürfnis, über Dinge, die ich nicht übersehen kann, abschließend zu sprechen. Aber wir hatten es an sich begrüßt, daß die Sowjetunion von vornherein im Anfangsstadium der Besprechungen sich einschaltete. Wir bedauern, daß die auch nur entfernte Möglichkeit einer Hilfe für Deutschland zunächst gescheitert ist. Gleichzeitig können wir, glaube ich, hoffen, daß das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen worden ist. Wenn ich mich recht erinnere, haben wir doch in der Welt seit zwei Jahren eine Weltorganisation, die UN heißt? Wenn die UN jemals eine Stärkung ihrer Aktivität, eine Erweiterung ihrer Zuständigkeit vertragen könnte, so dadurch, daß man die Durchführung dieser Hilfsaktion ihr überträgt. Ich könnte mir keine bessere Stelle denken als die UN. Ich möchte hoffen, daß die beteiligten Mächte vielleicht doch den Gedanken erörtern könnten, die Durchführung und Bearbeitung im einzelnen der UN zu übertragen. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob diese Hoffnungen sich erfüllen.

Nur durch eine Milderung der Gegensätzlichkeiten kann Deutschland eine Entlastung erfahren. Die Frage Europa muß so gestellt werden: Ob wir in der Welt wieder zu einer Weltverbundenheit aller Völker und Wirtschaftsmächte kommen. Es gibt in der Welt keinen gesunden Zustand, wenn eine Mächtigkeitsgruppe gegen die andere eine Diktatur ausübt. Es gibt in der Welt nur einen Friedenszustand, wenn eine Weltverbundenheit in wirtschaftlicher Beziehung sich wieder herauschält. Das ist der Kernpunkt der augenblicklichen Entwicklung.

Die Zukunft Deutschlands in seiner Leistungskraft hängt davon ab, ob die Alliierten unter sich einig werden. Ungeachtet der ganzen Entwicklung werden die Alliierten hoffentlich nicht zögern, uns weiterhin die Entwicklungsmöglichkeit zu geben, deren wir zum Fortschreiten der Genesung unbedingt bedürfen. Ich habe Verständnis dafür, daß nach dem, was das Nazitum der Welt gezeigt hat, man bis zu einem gewissen Grade zögert, uns eine Selbständigkeit zu geben. Aber es liegen jetzt zwei Jahre der Entwicklung hinter uns. Ich glaube, es haben viele in Deutschland den Beweis guten Willens erbracht und den Willen bekundet – soweit das

im Rahmen des Möglichen liegt –, zu einer Neuordnung des Lebens in Deutschland zu kommen.

Ich möchte den Alliierten zurufen:

„Erweitert uns die Möglichkeit zur Selbstgestaltung der Dinge bei uns. Erweitert uns die Möglichkeit, wieder selbst Ordnung zu schaffen.“

Niemand kann zur Freiheit reifen, es sei denn, daß er vorher selbst frei wird. Zutrauen veredelt den Menschen, ewige Vormundschaft hemmt sein Reifen. Hoffentlich werden die Alliierten die Wahrheit dieses Satzes doch noch in stärkerem Umfang als bisher erkennen. Das Schachspiel, das jetzt um den Frieden gespielt wird, gibt Deutschland noch keine Möglichkeit, aktiver Mitspieler zu sein. Es ist aber doch eine nicht unwichtige Figur, von deren Placierung viel abhängt. Bei den kommenden Konferenzen wird es wichtig sein, welche politische Willensrichtung im deutschen Volke selbst betreffs seiner Zukunft vorherrschend ist. Wir wollen, nach den Grundsätzen einer wahren Demokratie, einen deutschen Einheitsstaat mit Volkseinheit und Einheitsvolk, wir wollen den Staat erfüllen mit Volksgeist, das Volk erfüllen mit Staatsgeist, beides aber übergehen lassen in die höhere Idee der Menschheitsgemeinschaft. Einheitsstaat und Wirtschaftseinheit sind dabei für uns unteilbar. (Beifall.)

In den Reihen unserer früheren Gegner hat bisher der Gedanke des Einheitsstaates nur bei der Sowjetunion Gehör gefunden, die anderen Alliierten haben sich bisher mit dem Gedanken eines deutschen Einheitsstaates noch nicht befreundet. Molotow hat uns das Wort vom dezentralisierten Einheitsstaat gewissermaßen aus dem Munde genommen. Ich habe – wenn ich an die ablehnende Stellung der anderen denke – auch hier volles Verständnis für eine gewisse Besorgnis bei den Alliierten, es könnte ein einheitliches, gemeinsames Deutschland wieder eine Gefahrenquelle für den Frieden darstellen. Ich halte diese Besorgnis jedoch für irrig und das Gegenteil für richtig. Ich würde es für wünschenswert halten, wenn mit dieser Einstellung gründlich gebrochen wird, denn eine neue staatliche und wirtschaftliche Zusammenfassung Deutschlands liegt nicht nur in unserem Interesse, sondern auch im alliierten Interesse. Die Alliierten mögen bedenken, daß das deutsche Problem ein Weltproblem geworden ist, an dessen friedlicher Lösung die Welt selbst interessiert ist. Ich glaube, daß die Lösung der deutschen Frage als Weltproblem noch nicht auf einer genügend breiten Front geschieht. Ich spreche absichtlich nicht davon, daß das Herzstück Europas Deutschland ist und eine Mittlerrolle zwischen Ost und West hat. Ich denke nüchtern und einfach. Deutschland ist der geographische Mittelpunkt Europas. Für Europa ist es deshalb nicht gleichgültig, ob in seinem Mittelpunkt ein Volk von 70 Millionen hungert und darbt, sein Staat und seine Wirtschaft zersplittert sind, ob dieses Volk sich nicht wiederfindet und damit zu einem Herd zersetzender Tendenz werden muß, oder ob in diesem geographischen Mittelpunkt Europas ein Volk lebt, das sich auf einem bescheidenen, aber gesicherten

Lebensstandard wiederfindet, ein Volk, das wirtschaftlich wieder zu geordneten Verhältnissen kommt und sich staatlich wieder zusammenschließt und dadurch die Möglichkeit erhält, ein brauchbares Mitglied der Völkergemeinschaft der Welt zu werden. Die Alliierten wollen mit Recht bis zu einem gewissen Grade Reparationen von uns. Ich frage: Gibt es einen einzigen Staatsmann in der Welt, der glaubt, daß ein wirtschaftlich zersplittertes, daniederliegendes, staatlich nicht geeinigtes Deutschland in der Lage ist, sicherer Reparationen zu zahlen, als ein zusammengeschlossener Staat, ein funktionsfähiges Deutschland? (Beifall.) Wir wollen die Einheit aus positiven Gründen für unser Volk. Es bedarf keiner Volksabstimmung darüber, ob das deutsche Volk einen Einheitsstaat will oder nicht. (Bravorufe.) Ich frage höchstens: Welche Einheit? (Rufe: Sehr richtig.) Es taucht das Wort Föderalismus auf. Föderalismus braucht kein Hinderungsgrund zu sein, staatlich leistungskräftig zu sein. Die Sowjetunion ist ein Beispiel dafür, aber die Sowjetunion besteht aus sechsunddreißig Nationen. Da ist der föderalistische Staat das Gegebene. Wir aber bestehen aus nur einer Nation und aus vier Zonen. Wir sind *ein* Volk. Es würde eine Rückbildung sein, wenn wir aus der mühsam errungenen deutschen Einheit wieder zum Föderalismus zurückgingen. Die Anhänger des Föderalismus sagen dieses Wort oft, meinen aber Partikularismus. Wir wollen, daß das deutsche Volk wieder zusammengefaßt wird in einer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Einheit. Partikularistische Horizontalverengung liegt uns ebenso fern wie imperialistischer Größenwahn. Deutschland hat sich vom Einheitsstaat entfernt. Es ist ein grotesker Zustand, daß wir schon wieder 15 Ministerpräsidenten, 50 Minister und 2000 Abgeordnete in den Ländern haben, aber nicht einen einzigen Repräsentanten eines gesamtdeutschen Staatswillens, nicht einen einzigen Repräsentanten einer gesamtdeutschen Volksvertretung. (Bravorufe.) Selbst die Bemühungen, eine nationale Repräsentation etwa durch einen Zusammenschluß der Führer der Parteien zu bilden, sind bisher fehlgeschlagen. Sie wissen alle, warum das fehlgeschlagen ist. Ich polemisiere nicht gern beim Parteitag. Hier trägt allein die Schuld die SPD. Ich habe mit eigenen Ohren hören müssen, wie Schumacher sagte: Das alles wäre ein Marionettentheater, „wir haben keine Lust, in diesem Marionettentheater einen Kasper zu spielen“. Das war die Ansicht einer großen Partei gegenüber dieser wichtigen Frage.

Wir bleiben auf dem Vorschlag vom vorigen Jahr stehen: Daß die Besatzungsmächte ihrerseits eine vorläufige Regierung einsetzen, die den Auftrag bekommt, eine vorläufige deutsche Verfassung auszuarbeiten, ferner ein deutsches Wahlrecht für ein deutsches Parlament zu schaffen, das seinerseits eine endgültige deutsche Regierung und die verfassungsmäßige Grundlage eines neuen deutschen Staatswesens schafft.

Die Durchführung dieser Vorschläge durch die Alliierten hat den großen Vorteil für sich, daß sie die letzte Entscheidung in den Händen

behalten. Wir aber haben die Möglichkeit zu zeigen, was wir denken und wollen.

Die Nazis haben manches demontiert – geistig. Es gibt aber in Deutschland noch genug Menschen, die fähig und willens sind, etwas Neues zu schaffen und zu tragen. (Beifall.) Sie brauchen nur an die richtige Stelle gesetzt zu werden. Wir werden uns nach wie vor betätigen als vorbehaltlose Vertreter und Förderer des deutschen Einheitsgedankens in Staat und Wirtschaft. Wir werden diese Gedanken über alle Zonen und über alle noch bestehenden Gegensätzlichkeiten der Besatzungsmächte hinweg propagieren.

Dieser Einheitsstaat sieht allerdings anders aus als zu Nazis Zeiten. Wir wollen, daß die Legislative in allen wichtigen Dingen zentral beim deutschen Staate liegt, daß die Ausführung der Gesetze aber bei den Ländern und bei den Städten liegt. So sieht der dezentralisierte Einheitsstaat aus. Regieren und Verwalten ist etwas ganz Verschiedenes. Die Regierung zentral, die Verwaltung dezentralisiert.

Man hört so oft in den Diskussionen die Frage: Wollt ihr euch östlich oder westlich orientieren? Eine solche Frage gibt es für uns nicht. Wir kennen weder eine östliche noch westliche Orientierung, nur eine kennen wir: Deutschland! Wir vermeiden es auch ganz grundsätzlich, die Zonen gegeneinander auszuspielen. Ein offenes Wort zur sogenannten Zoneneinteilung. Die Tatsache der Besatzung bringt naturgemäß Erschwerungen mit sich. Das wissen unsere Gegner von früher genauso wie wir. Diese Erschwerungen sind je nach der Mentalität der Besatzungsmacht verschieden. Gerade deswegen liegt es im deutschen Interesse, wenn man versucht, sich mit der Besatzungsmacht zu verstehen. In Opposition gegen die Besatzungsmacht kann Deutschland niemals zu einer Erneuerung seines Gemeinschaftslebens kommen, nur in gemeinsamer Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht. Mit einer Opposition gegen die Besatzungsmacht kann ich stimmungsmäßig im Moment einen Erfolg erringen. Eine fruchtbare Politik kann ich damit niemals machen. Eine solche Politik wird immer steril sein. Wir haben das Bestreben, eine Politik der reinen Vernunft zu betreiben und keine Stimmungspolitik. Deshalb werden wir ganz bewußt und ganz klar uns bemühen, mit unseren Besatzungsmächten nicht nur auf eine Basis des Verständnisses, sondern des Vertrauens zu kommen. Ich bin überzeugt, daß dieses Bestreben bei der Besatzungsmacht Verständnis finden wird. Das bedeutet keine willenlose Unterwerfung. Ich weiß, daß unsere Besatzung es lieber mit anständigen Menschen zu tun hat als mit unterwürfigen Knechtsseelen. (Beifall.)

Eine Versteifung der Gegensätzlichkeiten, die zwischen den Alliierten noch bestehen, mildern zu helfen, haben wir manche Möglichkeiten, ebenso wie wir die Möglichkeiten hätten, sie zu verschärfen. Auf welcher Seite wir stehen, ist klar.

Auseinandersetzen müssen wir uns auch mit dem Gedanken des Son-

derfriedens, der in der Politik herumgeistert. Ich bedauere, daß überhaupt ein solcher Gedanke von verantwortungsvollen Leuten geäußert wurde. Ein solcher Friede würde der Bankrott Deutschlands sein, aber viel mehr als der Bankrott Deutschlands würde ein solcher Sonderfriede ein Bankrott der Politik der Alliierten sein. Ich erinnere daran, daß sich 26 Staaten verpflichtet haben, gemeinsam mit Deutschland den Frieden abzuschließen. Ich glaube deshalb, daß ernsthafte Politiker den Gedanken eines Sonderfriedens nicht weiter verfolgen werden.

Ganz von der Hand weisen müssen wir das psychosenhafte Gerede von der Möglichkeit eines Krieges. Es ist eine Leichtfertigkeit sondergleichen, wenn man von diesen Möglichkeiten überhaupt spricht. Man soll sich darüber klar sein, daß ein solcher Krieg das Ende Deutschlands sein würde, es wäre der Tod von Millionen Menschen binnen weniger Wochen. Im gleichen Augenblick, wo es zu einem bewaffneten Konflikt käme, würde jeder Wirtschaftsverkehr in der Welt aufhören und von Zufuhr von Lebensmitteln im gleichen Augenblick keine Rede sein.

Man soll nicht glauben, daß man von einem Krieg eine Entspannung der Lage erwarten kann, nur eine totale Vernichtung würde die Folge sein.

Man hört ferner oft die Frage: Soll Deutschland in zwei Staaten, in zwei Teile geteilt werden? Meine lieben Parteifreunde, die Dinge sind viel schlimmer, als sie in dieser Frage zum Ausdruck kommen. Wir sind schon in mehrere Teile und Länder geteilt. Wir leben und denken im Wirtschaftlichen und im Empfinden oft gegeneinander. Deshalb müssen wir mit aller Gewalt dahin streben, nunmehr die Zonenentwicklung zu überwinden. Das darf nicht nur Wunsch und Traum bleiben, sondern das muß Wirklichkeit werden. Bisher hat die Entwicklung in dieser Richtung keine Fortschritte gezeigt. Eine wirkliche fortschrittliche Entwicklung zum Einheitsstaat ist nur möglich, wenn die Besatzungsmächte selbst mit eingreifen. Wir stehen vor schweren, außerordentlich schweren unmittelbaren politischen und wirtschaftlichen Problemen. Wir müssen mit ganzer Kraft dazu beitragen, daß die Probleme im Sinne der Politik einer reinen Vernunft gelöst werden.

Diese Neuordnung unseres deutschen Gemeinschaftslebens in staats- und wirtschaftsorganisatorischer Hinsicht darf uns nicht hindern, die Neuordnung unseres Gemeinschaftslebens stärker als bisher in Angriff zu nehmen vom Geistigen und Seelischen her. Rathenau hatte recht, wenn er sagte: „Die Gesundung eines Volkskörpers kommt aus seinem inneren Leben, aus dem Leben der Seele und des Geistes.“ Die Nazizeit zeigte mit grausamer Deutlichkeit die Richtigkeit dieses Spruches.

Jetzt gilt es, eine ganz neue deutsche Tradition zu gewinnen, eine neue deutsche Gesinnung und eine neue deutsche Gesittung. Das muß neben der Beseitigung der materiellen Not im Vordergrund unserer Arbeit stehen. Da haben die deutsche Jugend und die deutsche Frau ihre schicksalsschweren Aufgaben. Oft sagt man, wir könnten der Jugend keine neuen

Ideale geben: Ich kenne keine größere und idealere Aufgabe für die Jugend, als einem zusammengebrochenen Volk wieder zu neuen Lebensmöglichkeiten zu verhelfen. Die Jugend ist Träger der deutschen Zukunft schlechthin. Sie muß sich das Rüstzeug aneignen, diese Aufgabe erfüllen zu können.

Die Jugend ist vom Nazitum schwer mißhandelt und verführt worden. Die Jugend muß rückhaltlos erkennen, was die Nazizeit an ihr verbrochen hat. Sie hatte alles natürliche Denken und Fühlen verlernt. Der Mensch war den Nazis nur Objekt, niemals Subjekt. Die Jugend wurde als Objekt willenlos mißhandelt, die Nazis prägten das Wort: „Du bist nichts“, ein Wort, das in seiner Blödheit nicht gemildert wird durch den Nachsatz: „dein Volk ist alles“, denn aus lauter Nichts wird nichts, auch kein Volk. Andersherum ist der Satz richtig: „Du bist alles, du mußt handeln, als hinge von dir und deinem Tun allein das Schicksal ab der deutschen Dinge, und die Verantwortung wär’ dein.“ Diese Worte und dieses Verantwortungsgefühl muß die Jugend wieder haben. Die Persönlichkeitswerte müssen wieder zur Geltung kommen: Das Maß aller Dinge ist der Mensch und nicht die Materie. Die Gemeinschaft von Volk und Vaterland, die Gemeinschaft des Menschentums, das Ideal der Persönlichkeit müssen für die Jugend wieder Sinn bekommen, dann wird die nötige Zahl von Männern aus der deutschen Jugend herauswachsen. Diese richtige Einstellung wird die deutsche Jugend hoffentlich nach und nach wiederfinden. Aber noch ist dieser Gesundungsprozeß nicht vollendet. Die Jugend muß wieder lernen, natürlich zu denken und zu empfinden. Sie muß wieder lernen, zu unterscheiden Wahres vom Unwahren, Echtes vom Unechten, Stilloses vom Gedieneen, Ruhig-Ernstes vom lauten Gebrüll und Geschrei der Massen. Mit dem so wiedergewonnenen natürlichen Denken und Empfinden wird sie mit heißem Herzen, mit kühlem Verstand und stahlhartem Willen an die Arbeit gehen, der Wirklichkeit zugewandt. Sie soll dabei erfüllt sein von einem starken und, wenn es sein kann, von einem frohen Ja zum Leben. Zum Leben als Mensch und zum Leben im Beruf. Die stärkste Bejahung des Lebens aber heißt Volk und Menschheit. Lenin sagte einmal: „Die Aufgabe der Jugend besteht im Lernen.“ Ich möchte meinerseits ein Wort Hermann Mauthes hinzufügen: „Die Aufgabe der Jugend besteht im Handanlegen, aber nicht wie früher an die Hosennaht, sondern ans Werk“, und wenn die Jugend so ans Werk geht, dann wird auch der Drang der Jugend zum Romantischen und zum Heldischen das richtige Ziel und den richtigen Inhalt finden. Wir hatten in unserer Jugend keine Sorgen um Volk und Vaterland, wir lebten in einer gewissen nationalen Romantik dahin, und manche von uns konnten sich eines unbekümmerten frohen Genusses ihrer Jugend erfreuen. Was die Hitlerzeit der Jugend bot, war eine Pseudoromantik. Am Anfang dieser Romantik standen die Aufmärsche von Tausenden und das Heilgebrüll für einen Schurken; am Ende dieser Romantik standen das millionenfache Wehklagen und

der millionenfache Fluch von Sterbenden und Gefolterten. Diese der Jugend von einem politischen Verbrechertum vorgegaukelte Romantik ist heute dahin, aber dafür ist eine andere, wertvollere, tiefere Romantik der Jugend von heute erstanden. Sie wird versinnbildlicht in einem Bild, das schon vor mehr als 30 Jahren Max Klinger dem deutschen Volk geschenkt hat, das aber so ist, als wäre es uns heute geschenkt: Da steht auf nächtiger Erde eine von Not und Leid abgezehrte Menschengestalt. Der Blick ist klar und fest nach vorn gerichtet. Schlangen spielen im nächtlichen Dunkel der Welt, aber um Haupt und Brust dieser leidverzerren Gestalt spielen auch die ersten Schimmer des nahenden Morgen, und über dem Bild steht das schlichte und doch gewaltige Wort: Und doch! Das ist die Romantik für die Jugend von heute. Und auch ein wahres Heldentum soll der Jugend bleiben. Wenn sie die Größe und das Schicksalhafte ihrer Aufgabe richtig erkennt und sich für deren Erfüllung einsetzt, dann wird sie sehr bald fühlen, daß turmhoch über dem Heldentum, das in der Vernichtung von Menschen und Dingen besteht, das Heldentum steht der schaffenden Arbeit für sich, für Volk und Vaterland. Daß turmhoch über der Eroberung fremder Länder und Menschen die moralischen Eroberungen stehen und daß vor dem Richterstuhl der Geschichte, der Menschheit und der Gottheit der geringste Dienst am Frieden höher zu bewerten ist als aller kriegerischer Ruhm. So wird die Jugend der Träger einer neuen deutschen Zukunft sein.

Von gleich schicksalhafter Bedeutung für die deutsche Zukunft ist die Arbeit der deutschen Frau, insbesondere der deutschen Mutter. Ohne ihre Mitarbeit ist eine neue deutsche Tradition nicht denkbar, unter ihrer Mithilfe aber werden wir sehr bald zu einer solchen Tradition kommen, die eine viel festere Bürgschaft für den Frieden schafft, als sie in allen Rüstungen gegeben sein könnte. Es gab eine Zeit, wo man glaubte, daß die Aufgabe der deutschen Frau sich erschöpfte in der souveränen Beherrschung des Kochtopfes und der Hauswirtschaft. Diese Zeit ist vorüber, und man hat manchmal das Empfinden, daß diese sehr notwendige und nützliche Tätigkeit der Frau gerade jetzt in der Zeit der Ernährungs- und Versorgungsschwierigkeiten zu gering eingeschätzt und weder als Berufung noch als Beruf gewürdigt wird. Bei den Nazis gab es eine Zeit, da betrachtete man die Frau als Lebewesen für Züchtungszwecke, versuchte gleichzeitig aber, sie zu vermännlichen, indem man ihr die Panzerfaust in die Hand drückte, sie Granaten drehen ließ und an die Fliegerabwehrkanonen stellte. Das ist noch nicht ganz vorüber, aber die letzten Reste eines falschen Einsatzes der Frau, wie wir sie in den „Trümmerfrauen“ noch vor uns sehen, werden hoffentlich bald verschwinden. Dann ist der Weg wieder frei, vom Geistigen und Seelischen her die Frau zum Träger einer neuen Tradition zu machen. Die Frau ist die Seele der Familie und damit die Seele des Volkes. Was an seelischer Atmosphäre von ihr in der Familie auf die Jugend ausgeht, wirkt sich aus im reifen Menschen bis in sein spätes Alter.

Von der Familie aus bekommt die deutsche Jugend und die deutsche Zukunft ihre ersten und nachhaltigen Anstrengungen. Was das Kind in der Familie hört und sieht und erfährt: Es ist die Keimzelle für seine ganze menschliche Entwicklung. Es ist Aufgabe der deutschen Mutter, sie im Sinne wahren Menschentums zu beeinflussen. Aber auch sonst wird die Aufgabe der deutschen Frau in der Zukunft anders aussehen als bisher. Die deutsche Frau wird viel mehr als bisher mit ihrer gefühlsbetonten Eigenart das Gleichgewicht zwischen Mann und Frau herstellen. Wie in einer Ehe, so kann man sich auch im Leben eines Volkes nicht nur vom Verstand her, sondern auch vom Herzen her orientieren.

Die Gleichberechtigung der Frau ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir kennen an sich eine Zurücksetzung der deutschen Frau im öffentlichen oder wirtschaftlichen Leben nicht, aber es ist nötig, daß die deutsche Frau sich nicht nur zu spezifisch fraulichen Aufgaben bekennt, sondern auf dem Gebiet der ganzen Politik sich gleichberechtigt und gleichverpflichtet fühlt.

Bei der Schaffung einer neuen deutschen Tradition spielt eine wesentliche Rolle auch die Erneuerung der deutschen Kultur. Die kulturellen Verheerungen, die das Nazitum angerichtet hat, muß man sich in ihrem ganzen Umfang klarmachen. Die Nazizeit war eine Zeit der völligen Kulturlosigkeit. Es gilt, eine neue Kultur zu schaffen. Es gilt, den Sinn weiter Schichten des Volkes für die Bedeutung und das Verständnis der Kultur zu wecken. Die Valuta der geistigen Werte steht in Deutschland tiefer als die Valuta des Geldes; Materialismus, Egoismus und Unmoral zeigen im deutschen Volke ihr grinsendes Gesicht. Es kann nicht anders sein, wenn ein Volk zwölf Jahre von Verbrechern regiert wurde, wenn es in einem sechsjährigen Krieg vernichtet und nach diesem Krieg der Not ausgesetzt wurde, dann können die Folgen nicht anders sein, als sie sich jetzt zeigen. Aber es muß unsere Aufgabe sein, mit warmem Herzen dazu beizutragen, daß diese Mißerscheinungen bald überwunden werden. Da wird auch der Kampf offenbar zwischen Kultur und Unkultur, zwischen Geist und Ungeist. Der Kampf wird nur dann siegreich zu Ende geführt, wenn jeder einzelne die letzte Kraft der Menschheit geistig und seelisch einsetzt.

Viel kann dazu das Schulwesen beitragen. Ich will darüber nicht näher referieren. Ich möchte aber eines sagen: Es ist nötig, daß unser deutsches Volk zum Träger eines wirklichen Idealismus gemacht wird. Ich weiß, es ist schwer, jetzt Idealismus zu predigen. Die Leute sagen: Gebt mir zu essen, zu trinken und anzuziehen, und laßt mich mit solchen Dingen in Ruhe! Das ist verständlich. Wir müssen aber diese Strömungen überwinden.

In der Kulturpolitik gibt es eine große politische Forderung: Das Recht des Menschen auf Erziehung und Bildung ist genauso ein Menschenrecht wie das Recht auf politische Freiheit. Diesem Recht sollen keine äußeren Grenzen gesetzt werden durch Geldbeutel oder Beruf der Eltern. Jeder Deutsche muß entsprechend seinen Fähigkeiten das Recht ha-

ben, sich das Maß von Bildung anzueignen, das seiner Begabung und seinem Willen entspricht.

Ein Wort über unsere Stellungnahme zur Religion. Der Redner einer uns sonst nicht fernstehenden Partei hat kürzlich gesagt: Die LDP betrachtet die Religion als ein Ding zweiter Ordnung. Das Gegenteil ist richtig. Wir lehnen es aber ab, die Religion zu benutzen als Aushängeschild, als parteipolitisches Werbemittel, das liegt uns fern. Das tun wir nicht aus Geringschätzung gegenüber der Religion, sondern aus Hochachtung vor ihr. Religion ist immer das persönlichste innere Vorrecht eines Menschen, mit dem er allein fertigwerden muß. Von der Wartburg her kommt die Erinnerung an das Wort: „Auf deinen Gott bist du allein gestellt, mit dem mußt du allein fertigwerden. Da hilft dir kein Priester und kein Heiliger.“

Wir wollen nicht, daß Staat, Politik und Religion sich eng miteinander verbinden. Die Geschichte der Menschheit zeigt, wie die Religion zu Schaden kommen kann, wenn sie sich mit dem Staat identifiziert. Denken Sie an viele Beispiele, wohin man kommt, wenn man Staat und Religion zu eng miteinander verkoppelt. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß das Deutschtum und das Christentum jahrhundertlang in einer außerordentlich fruchtbaren Ehe gelebt haben.

Eine deutsche Baukunst kann man sich ohne die steingewordene Musik deutscher Dome nicht denken, die religiöse Musik nicht denken ohne die Motive von Bach, Bruckner und Beethoven, eine deutsche Malerei nicht ohne Dürer und Cranach.

Wir verlangen Achtung vor jeder Religion, Vermeidung jeden Zwanges zur Religion, Vermeidung jeder staatlichen Beeinflussung gegenüber der Kirche und umgekehrt. Religiöse Freiheit gibt die Gewähr, daß jeder die Möglichkeit hat, die Religion auszuüben, die seinem Bekenntnis entspricht. Nicht Geringschätzung, sondern Hochachtung haben wir vor der Religion.

Wahre Kulturpolitik ist nicht möglich ohne Sozialpolitik. Der Redner einer großen Partei hat einmal gesagt: Demokratie ist ohne sozialistische Einstellung nicht denkbar. Ich möchte einen anderen Satz danebenstellen: Demokratie ist nicht denkbar ohne soziale Gesinnung. (Bravorufe.) Das Soziale erklärt sich immer vom Menschentum her und hat mit dem Ökonomischen zunächst nichts zu tun. Soziale Gesinnung ist nichts mehr und nichts weniger als der Drang, allen helfen zu wollen, die der Hilfe bedürftig sind. Es gilt, sich von dieser Grundeinstellung aus zu orientieren. Wir müssen in dem Drang der unteren Schichten, emporzukommen, das Höchste und Idealste an Entwicklung überhaupt erkennen. Diesen Drang darf man nicht hemmen, sondern muß man fördern. Das gilt vor allem für den Arbeiter in der Industrie. Die industrielle Entwicklung hat dem Arbeiter den persönlichen Zusammenhang mit der Arbeit genommen und hat ihn dadurch unzufrieden gemacht. Wir können diesen persönlichen Zusammenhang des Industriearbeiters mit seiner Arbeit nicht wieder

schaffen, wohl aber können und müssen wir ihm vollständigen Ersatz dafür geben, das ist der persönliche Zusammenhang mit seinem Betriebe. Der Arbeiter soll sich in seinem Betrieb nicht fühlen als an einer Fronstätte der Arbeit, sondern an einer Heimstätte der Arbeit. Wenn seine Leistungen auch anderer Art wie die des Unternehmers sind, so sind sie doch von gleichem Wert, und als gleichgewerteter Wirtschaftsbürger im Arbeitsprozeß muß er sich fühlen können. Diese Zufriedenheit können und müssen wir dem Arbeiter wiedergeben, und wenn die Gewerkschaften, die Betriebsräte ihre Aufgabe in diesem Sinne betrachten, dann sind sie uns herzlich willkommene Bundesgenossen. (Beifall.) Falls sie aber sich als Träger eines neuen Klassenkampfes zeigen würden, würden wir Gegner sein. (Beifall.) Wir kennen das Wort Klassenkampf in unserem politischen Lexikon überhaupt nicht. Das gehört der Vergangenheit an. Im gleichen Augenblick, wo wir uns bemühen, mit unseren früheren Waffengegnern zum Ausgleich und zur Versöhnung zu gelangen, halten wir es für absurd, den alten Ladenhüter des Klassenkampfes herauszuholen. (Beifall.)

Wenn man mit Recht und mit Nachdruck von Völkerversöhnung spricht, so muß man auch von Volksversöhnung sprechen. Wir wollen keinen Kampf der Klassen und Schichten gegeneinander, sondern füreinander und miteinander. Wir wollen auch das Wort „Proletariat“ nicht mehr hören. Der Arbeiter muß vielmehr herausgehoben werden aus dem Zustand, der für die Nazizeit berechtigt war. Wir wollen aber auch nicht, daß andere Schichten in ein neues Proletariat herabsinken. (Sehr richtig.)

Wenn wir von den bisher entwickelten Grundgedanken ausgehen, dann werden wir den richtigen Weg finden zu einer Politik der politischen, staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Gerechtigkeit. Gerechtigkeit und Ordnung sind Ziel und Inhalt der Demokratie.

In diesem Sinne wollen wir auch eine Friedenspolitik betreiben, nicht, weil wir waffenlos am Boden liegen in einer Welt, die noch von Waffen starrt, sondern weil wir erfüllt sind von der Größe der friedlichen Menschheitsidee. Wir wollen, daß die Menschheit sich bald abgewöhnt, an Atombomben, Flugzeuge und Tanks zu denken. Das Streben jedes Menschen und jeden Volkes muß darum gehen: „Wie kann ich der Menschheit und meinem Volk am wirksamsten helfen, damit wir eine bessere, glücklichere Zukunft bekommen.“ (Beifall.)

Staatliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Gerechtigkeit in unserem Volk und in der Menschheit, das sind die Grundgedanken und Grundziele unserer Arbeit. Wie diese Ziele im einzelnen eingerichtet werden, wird auf diesem Parteitag noch vorgetragen werden. Wo andere Parteien gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, werden sie uns herzlich willkommene Bundesgenossen sein. Was uns eint, müssen wir gemeinsam in die Waagschale werfen und uns dafür einsetzen. Vor allem müssen wir uns gegen nazistische Bestrebungen wenden. Jede Partei hat ihre Selbstän-

digkeit und völlige Unabhängigkeit. Es ist töricht, wenn man sagt, die LDP oder die CDU seien Schleppenträger der SED.

Es sind in neuerer Zeit neben den politischen Parteien andere demokratische Organisationen gegründet worden: FDGB, VdGB, Kulturbund, FDJ, Demokratischer Frauenbund. Alle diese Verbände verfolgen wichtige und wertvolle Zwecke: Wenn diese Organisationen sich aber als Hilfstuppe einer bestimmten Partei für die Zukunft betätigen sollten, so würden sie die Tendenz eines Einparteiensystems in sich schließen und von uns bekämpft werden müssen. (Beifall.) Wenn jedoch überparteiliche Organisationen entwickelt werden, wollen wir gern gemeinsam mit ihnen unsere Arbeit leisten.

Träger der politischen Willensbildung und Willenskonsolidierung können nach unserer Auffassung nur die politischen Parteien sein. (Bravorufe.) Das ist keine Mißachtung anderer Organisationen. Aber man soll nicht Art und Wert verwechseln.

Im allgemeinen haben die demokratischen Parteien in Deutschland eine dreifache Ausrichtung. Es ist parteimäßig zu verzeichnen eine Demokratie marxistisch-sozialistischer Orientierung, eine Demokratie, die die Politik vom Christentum her orientiert, und eine Demokratie der liberalen Weltanschauung.

Nach erst zweijährigem Bestehen kann der innere Ausbau des Parteiwesens nichts endgültig Abgeschlossenes sein. Im Hause Marx befinden sich drei Mietsparteien: die KPD, die SED, die SPD. Wir haben von unserem Standpunkt gar nichts dagegen einzuwenden, wenn diese drei marxistisch-sozialistischen Parteien sich zu einer Einheit zusammenschließen würden, aber in die Auseinandersetzungen, die hierüber zwischen den Beteiligten bestehen, mischen wir uns natürlich nicht ein. Die CDU ist auch dreigeteilt: Die bayerische CSU ist etwas anderes als die CDU des Herrn Adenauer, und diese wieder ist etwas anderes als die des Herrn Jakob Kaiser. Eine Vereinheitlichung würde uns keineswegs unsympathisch sein.

In dem Bestreben nach einheitlicher Zusammenfassung sind die liberalen und freien demokratischen Parteien sicherlich am weitesten vorangekommen, und ich möchte die Hoffnung nicht unausgesprochen lassen, daß der Kontrollrat die nachgesuchte Genehmigung zu einer einheitlichen demokratischen Partei Deutschlands erteilen wird. Auch wir werden nicht immer bis in alle Einzelheiten die gleiche Meinung haben. Das wäre langweilig und fortschritthemmend, aber in der politischen Grundeinstellung sind wir gleich, und der in uns lebendige demokratische Einheitsgedanke ist so stark, daß er Auseinandersetzungen über verschiedene Meinungen nicht zu scheuen braucht, sondern sie in der Gewißheit führen kann, daß über verschiedene Auffassungen im einzelnen hinweg immer eine einheitliche Linie gefunden werden wird. Das gilt auch für das Wesen der Liberal-Demokratischen Partei der Ostzone im besonderen. Wir wollen Verschiedenheiten der Auffassung über das, was in der praktischen Anwen-

derung unserer Gegensätze nützlich und notwendig ist, immer ruhig aussprechen und im Geiste der Parteifreundschaft Ausgleich und Verständigung finden. Die Mithilfe der gegnerischen Presse brauchen wir hierbei nicht. Sie ist uns zuweilen ganz aufschlußreich und interessant. Aber im allgemeinen tröstet uns die Erfahrung: „Es sind die schlechtesten Früchte nicht, daran die Wespen nagen.“

Man wirft zuweilen die Frage auf, ob wir eine Linkspartei oder eine Rechtspartei sind. Und ein temperamentvoller junger Parteifreund hat vor kurzem einmal auf einem Landesparteitag mit einer kleinen geistigen Anleihe bei dem früheren Generalstabschef von Schlieffen das Wort gesprochen: „Macht mir den linken Flügel stark.“ Unser Weg geht weder links noch rechts, sondern er geht geradeaus. (Beifall.) Reaktion und Diktatur, Faschismus und Ungeist sind in gleicher Weise unsere Feinde, ob sie von links oder rechts an uns herankommen wollen. Man hat auch die Frage aufgeworfen, ob wir eine Massenpartei werden möchten. Nun, wenn eine Partei wie wir im Osten zweieinhalb Millionen Wähler hat und wenn sie im gesamtdeutschen Raum über vier Millionen Wähler verfügt, so darf man sie auch schon massenmäßig als beachtliche Partei würdigen. Wir sind im übrigen aber keine Klassen- und Massenpartei, sondern eine Volks- und Staatspartei, und ebenso unerträglich, wie es bei den Nazis war, daß ein einzelner die Masse unter Druck setzte, ebenso unerträglich würde es sein, wenn die Masse den einzelnen unterdrücken würde. Die Demokratie ist niemals Massenherrschaft, sondern Volksherrschaft. Volk ist die Summe und die innere Zusammenfassung der einzelnen Menschen, Masse ist etwas anderes, und die Demokratie, die wir wollen, nicht weil unsere Gegner von früher [sie] uns vorschreiben, sondern weil wir sie als vornehmste Staatsform von uns aus erstreben, ist immer auch Aristokratie der politischen Gesinnung und des politischen Charakters. In einer solchen Demokratie sind die Ideen das Tragende, und die geistigen und seelischen Kräfte entscheiden über den Aufstieg eines Volkes. Zu ihm gehören das Streben nach Einheit und Freiheit des Vaterlandes, der starke und klare Wille zu echter Demokratie, zum Recht der Persönlichkeit, zu Toleranz und zu Volks- und Völkergemeinschaft.

Wir wollen uns freimachen von demagogischer Tätigkeit, Parlamente sind keine Antragsfabriken. Das Volk will keinen überspitzten Parlamentarismus, sondern praktisch helfende Tat. So wollen wir die Arbeit mit dem heutigen Tag im dritten Jahr unserer Tätigkeit beginnen.

Auch wenn uns unsere Arbeit manchmal zwingt, uns mit kleinen Dingen zu befassen in Gemeinden oder anderen Stellen, die Größe der Aufgabe, vor der das deutsche Volk als solches steht, bleibt. Auch in der kleinsten praktischen Arbeitsstätte soll dieser Gedanke lebendig sein. Wir wollen uns weiterhin als politische Gesinnungs- und Glaubensgemeinschaft zu bewähren suchen, als weltanschauliche Bekenntnisgemeinschaft, als politischer Freundschaftsbund deutscher Menschen gleichen Fühlens

und Strebens, als eine Gemeinschaft, deren ethische Kraft ausstrahlt auf immer weitere Kreise, die erkennen werden: „Hier kannst du bei aller Unrast der Zeit und bei aller Schicksalsschwere, die auf dir und deinem Volke lastet, eine politische Heimat finden, in diesem Heim ist Platz für alle Schichten, für jedes Alter, für Mann und Frau, für alle, die guten Glaubens und deutschen Willens sind.“ Wir wissen, daß unsere Arbeit nach wie vor schwer sein wird, aber wir scheuen die Verantwortung nicht, und wir leisten diese Arbeit nicht um des erhofften Dankes und Lohnes willen, sondern als sittliche Pflicht gegenüber Volk, Vaterland und Menschheit. Unsere Arbeit ist getragen von dem Glauben an das deutsche Volk. Auch von diesem Glauben gilt: Er kann Berge versetzen. Ich glaube an die Zukunft meines Vaterlandes, ich glaube an die Notwendigkeit des deutschen Volkes um seiner selbst und um der Menschheit willen. Dieser Glaube soll der Inhalt unseres Schaffens sein. Hierfür wollen wir ringen und kämpfen, bis über Trümmer und Asche ein neues, besseres, glücklicheres Deutschland sich erhebt. (Stürmischer Beifall.)

Quelle: Parteileitung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Zweiter Parteitag der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands vom 4. bis 7. Juli 1947 in Eisenach. Berlin 1947.

Dokument 3

Wilhelm Külz: „Über alle Zonen“. Artikel im Spiegel, 23. August 1947

Über Deutschlands Zukunft gehen bei den Besatzungsmächten die Auffassungen und Zielsetzung auseinander. Bei dem globalen Schachspiel, das jetzt um die Neugestaltung Deutschlands in Gang ist, ist Deutschland selbst kein aktiver Mitspieler, aber doch eine nicht unwesentliche Figur, von der der glückliche Ausgang abhängt. Damit ist Deutschland wiederum ein Weltproblem geworden. Es ist nicht gleichgültig, ob im geographischen Mittelpunkt Europas ein deutsches Volk von 70 Millionen sitzt, das wirtschaftlich zerrüttet und staatlicher Zersplitterung ausgeliefert ist, oder ob hier ein 70-Millionen-Volk lebt, das sich von einer gesicherten Bahn eine zusammengeschlossene staatliche Ordnung zulegen und sich als brauchbares Glied in die Völkergemeinschaft der Welt wieder einordnen kann.

Unsere früheren Gegner sind zum Teil noch von der Besorgnis erfüllt, daß ein zusammengefaßter deutscher Staat und eine leistungsfähige deutsche Wirtschaft wieder ein Gefahrenquell für die Weltsicherheit werden könnten. Diese Einstellung ist nach dem, was der Nazismus der Welt vorgeführt hat, bis zu einem gewissen Grade begreiflich. Aber die neue staatliche Gesinnung Deutschlands soll ja doch eben von Grund aus anders sein. Die Demokratie als friedenssichernde Staatsform Deutschlands wird um so schneller und fester an Boden gewinnen, je umfangreicher man ihr Chancen gibt für die Neuordnung in Deutschland.

Unsere Gegner von früher wollen mit Recht von uns bis zu einem gewissen Grad Entschädigung für das, was das Nazitum in ihren eignen Ländern verursacht hat. Glaubt ein einziger Staatsmann der Welt, daß ein wirtschaftlich und staatlich zersplittertes Deutschland eher Reparationen leisten könnte als ein zusammengeschlossener deutscher Staats- und Wirtschaftskörper? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Die deutsche Einheit wollen alle, die noch deutsch fühlen können. Wir wollen darüber hinaus auch den deutschen Einheitsstaat. Der Föderalismus stellt das Verschiedenartige und Trennende in den Vordergrund. Die Anhänger des Einheitsstaates stellen das Gemeinsame in den Vordergrund. Die meisten von denen, die von Föderalismus sprechen, meinen und wollen den Partikularismus.

Die bisherige Entwicklung in Deutschland hat sich vom Einheitsstaat entfernt. Wir haben in Deutschland jetzt schon wieder 15 Ministerpräsidenten, etwa 50 Minister und 2000 Abgeordnete, aber nicht einen einzigen Repräsentanten eines einheitlichen deutschen Staatswillens und nicht einen einzigen Repräsentanten einer gesamten deutschen Volksvertretung. Wir wollen demgegenüber vorbehaltlos den deutschen Einheitsgedanken um seiner selbst willen fordern, über alle Zonen und alle noch bestehenden Gegensätzlichkeiten der Besatzungsmächte.

Man hört zuweilen die Frage: Wollt ihr euch östlich oder westlich orientieren? Eine solche Frage gibt es für uns nicht. Für uns heißt es schlicht und einfach: Deutschland. Wir vermeiden es auch grundsätzlich, die Zonen gegeneinander auszuspielen. Die Tatsachen jeder Besatzungsmacht bringen naturnotwendige Erscheinungen mit sich. Diese Erscheinungen sind je nach der Mentalität der Besatzungsmacht verschieden. Aber gerade deswegen liegt es im deutschen Interesse, wenn die politisch Verantwortlichen sich bemühen, mit den Besatzungsmächten in ein Verhältnis des gegenseitigen Sichverstehenlernens zu gelangen, damit dieses recht bald übergeht in einen Zustand vertrauensvoller Zusammenarbeit. Eine Versteifung oder Verschärfung der zwischen den Alliierten noch bestehenden Gegensätzlichkeiten müßte sich auf uns immer verhängnisvoll auswirken. Deswegen liegt eine schließliche Überwindung dieser Gegensätzlichkeiten auch im deutschen Interesse. Es gibt vereinzelt törichte Menschen, die durch eine Verschärfung der Gegensätzlichkeiten sich eine Entlastung für Deutschland versprechen. Selbst der Gedanke eines Sonderfriedens einzelner Alliierten mit einzelnen Ländern oder Zonen Deutschlands ist in die Debatte geworfen worden.

Wir sind demgegenüber überzeugt, daß auch auf seiten der Alliierten wirklich ernsthaft eine solche Möglichkeit nicht erwogen wird, denn ein solcher Schritt würde nicht nur verhängnisvoll für uns sein, sondern noch verhängnisvoller für die Welt. Es wäre der Bankrott Gesamtdeutschlands, aber auch der Bankrott der alliierten Politik. Das Gerede von einer etwaigen kriegerischen Auseinandersetzung zwischen einzelnen bisher alliierten

Mächten ist der Gipfelpunkt der Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit. In unseren Reihen soll hierfür kein Platz sein.

Zuweilen werden auch Besorgnisse geäußert, daß Deutschland in zwei selbständige Staaten zerfallen könnte, in ein West-Deutschland und in ein Ost-Deutschland. Diese Besorgnisse sind schon ernsthafter Natur, denn in Wirklichkeit sind wir schon nicht in zwei, sondern in viel mehr Staaten zerfallen.

Bei der gegebenen Sachlage scheint kein anderer Weg zur Anbahnung einer staatlichen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands gegeben zu sein, als daß die Besatzungsmächte eine vorläufige deutsche Regierung einsetzen, die den Auftrag erhält, eine vorläufige deutsche Verfassung auszuarbeiten und Wahlen für eine gesamtdeutsche Volksvertretung auszuscheiden, die dann ihrerseits eine endgültige Regierung und eine endgültige Verfassung schafft.

Es ist vor kurzem aus den Reihen der Alliierten die Entgegnung gefallen, das deutsche Volk bemitleide sich selbst zu sehr und beteilige sich nicht genügend an der Gestaltung seines Schicksals. Nun, daß die Lage des deutschen Volkes bemitleidenswert ist, kann niemand leugnen. Aber wenn es nicht mehr als bisher an der Neugestaltung seines gemeinschaftlichen Lebens mitarbeitet, so wird das seinen wesentlichen Grund darin haben, daß man ihm eine solche Mitarbeit in einem nach Ausmaß und Verantwortung nur recht bescheidenem Umfang ermöglicht.

Deshalb ist diese Antwort auf das angeführte Wort vielleicht berechtigt:

Versucht es noch umfangreicher als bisher und gebt uns die Freiheit zu selbständiger gestaltender Entwicklung. Ihr werdet es nicht zu bereuen haben!

Quelle: „DER SPIEGEL“, 23. August 1947.

Dokument 4

Theodor Heuss an Wilhelm Külz, 19. Dezember 1947. Stellungnahme zu Külz' Teilnahme am „Volkskongreß“ und seinem Bruch mit den Vereinbarungen des Koordinationsausschusses der DPD vom 3. November 1947 in Frankfurt/Main

Stuttgart-Degerloch, 19. 12. 47

Verehrter, lieber Doktor Külz,

diesen Brief schreibe ich nur ungern; er hätte wohl schon vor zwei bis drei Wochen geschrieben werden sollen, aber zunächst lagen wir hier in dem Gemeindevwahlkampf, der mich Tag um Tag in eine andere Stadt führte, und dann hätten wir im Landtag die abschließenden Etatberatungen, an denen ich in vollem Umfange teilnehmen mußte, zumal Dr. Haussmann zur Zeit erkrankt liegt. Der heutige Sonntag ist seit langem der erste sogenannte freie Tag, den ich gewonnen habe.

Ich bin sehr unglücklich über die allgemein politische und besonders über die parteipolitische Entwicklung der vergangenen Wochen. Daß die Stellungnahme der LDP in der Ostzone uns gewisse Schwierigkeiten machte, über die wir aber hinweggekommen sind, veranschlage ich nicht sehr hoch. Wir haben bei den Wahlen als einzige Gruppe gute Erfolge gehabt. Aber ich sehe, wie das sachliche Vertrauensverhältnis einen starken Stoß erlitten hat.

Als ich Ihnen vor einigen Wochen schrieb, daß zwischen Ihren Darlegungen über das liberaldemokratische Memorandum vor London, die Sie in Frankfurt gemacht haben, und den Pressemitteilungen ein Unterschied klappte, erhielt ich von Ihnen eine Antwort, die mich wenig befriedigen und überzeugen konnte.

Wir hatten in Frankfurt eine parteipolitische Cooperation vor London eindeutig abgelehnt und uns in unserer Entschliebung, auf die Forderung nach einer freien Nationalrepräsentation beschränkt. Sie haben dann im Osten führend an einer Aktion mitgewirkt, die wir, auch wenn sie vom Westen ausgegangen wäre, wie das Ihre Anregung war, abgelehnt hatten. Ich selber habe vom Frühjahr ab immer diesen Gedanken eines sich selber legitimierenden Mehrparteien-Gremiums abgelehnt, weil ich ihm die staatsrechtliche wie die moralische Qualifikation bestreite. Ich gebe zu, daß man darüber verschiedener Meinung sein kann, hatte aber den Eindruck, daß die Herren, die in Frankfurt waren, ohne daß ich mit irgend einem vorher darüber geredet hätte, meine grundsätzliche Auffassung überwiegend teilten.

In einem der Rundschreiben von Herrn Lieutenant wird mitgeteilt, daß der Einfall, etwas derartiges zu machen, von Dr. Schiffer stammt. Bei allem Respekt vor dessen geistiger Vitalität konnte gerade dieser Hinweis gerade auf mich wenig überzeugend wirken, denn ich weiß aus der gemeinsamen Fraktionsarbeit, daß es die Spezialität von Schiffer gewesen ist, Einfälle zu haben, die zunächst eine gewisse Brillanz haben. Daß die liberaldemokratische Partei der Ostzone den Weg, der dann zu dem sogenannten Volkskongreß führte, gegangen ist, wird hier als ein absoluter Bruch der Abrede von Frankfurt betrachtet. Nun ist es natürlich so, daß Sie sagen werden, wir sind in der Ostzone in unseren Entscheidungen unabhängig. Aber Sie dürfen dann nicht erstaunt sein, wenn von unserer Seite gesagt wird, daß mit dieser Haltung in einer so entscheidenden Frage die Voraussetzungen einer „Coordination“ und ihrer Konsequenzen zerbrochen sind.

Was ich dann von dem sogen. Volkskongreß las, bzw. was ich zufällig am Radio davon hörte, hat mich in meinem historisch-politischen Gefühl geradezu beelendet. Die übermittelten Reden-Fetzen, die ich vernahm, waren billiger Stahlhelm-Stil mit veränderten Vorzeichen, kein ernsthaftes Wort von der weltgeschichtlichen Problematik, in der wir drinstehen, Platitüden von Volksversammlungsphrasen. Konnte ein Mann von Ihrer po-

litischen Erfahrung einen Augenblick ernsthaft daran denken, daß die Londoner Konferenz den Applaus einer zweitausend[köpfigen] Menschenversammlung in Berlin, die höchst zufällig zusammengedrängt waren, als Geschichtsauftrag für Deutschland empfände. Vielleicht war es ganz schön, Menschen vor sich zu haben, die glaubten Geschichte zu machen. Einem halbwegs nüchternen Urteil mußte doch von Anbeginn klar sein, daß derlei nicht der Start ist, um zu einer Delegation von Rang zu kommen. Ich hätte ein solches Verfahren auch verschmäht und bekämpft, wenn es in der Westzone oder mit der Westzone gemacht worden wäre. Das ist ein Mißverstehen oder Mißbrauchen der Demokratie. Und dazu hin einfach schlechter Stil. Die Antwort aus London konnte keinem halb-sinnigen Menschen einen Augenblick zweifelhaft sein. Daraus ergibt sich, daß das ganze Arrangement trotz der außenpolitischen Fassade eine rein innenpolitische Sinngebung und vielleicht auch Quasi-Rechtfertigung besitzt.

In dieser Auffassung, die ich von Anbeginn hatte, werde ich bestärkt durch die Mitteilung der Zeitungen, daß dieser sogen. „Volkskongreß“ über seinen einmaligen Demonstrationscharakter hinaus eine Dauerinstitution werden soll. Es werden jetzt Landesvolkskongresse gemacht. Was ist denn das anderes als eine neue Firmierung dessen, was Ihr bis jetzt Antifaschistischen-Einheitsausschuß oder Block-Politik genannt habt. Da haben wir Euch nie weiter hereingeredet, obwohl ich das Verfahren im Zeitalter, wo man die parlamentarische Demokratie predigt, als innerlich brüchig ansehe. Nun aber ist die Geschichte mit einem neuen Namen, mit dem Anspruch einer gesamtdeutschen Verbindlichkeit plakatiert und das ist es, was wir mit aller Entschiedenheit ablehnen.

Ich will mich nicht pharisäerhaft zu einem Gerichtsherrn über die parteipolitische Situation der Ostzone aufwerfen. Ich spüre nur dies deutlich genug: von Demokratie und deutscher Entscheidung wird solange nicht die Rede sein können, als interne Parteibesprechungen in der Anwesenheit fremder Offiziere, gleichviel welcher Besatzungsmacht, stattfinden. Dieser Zustand macht eine sachliche Bewertung von Meinungsäußerungen überhaupt unmöglich. Wir können gar nicht übersehen, wenn wir Äußerungen und Entscheidungen der Parteifreunde aus dem Osten erhalten, ob diese ihrer inneren Auffassung entsprechen oder den Wünschen der Besatzungsmacht. Das schafft bei allem selbstverständlichen Willen, den einheitlichen Rhythmus der Gesinnungen zu erhalten, fortgesetzt unmöglich, ja unerträgliche Situationen. Versicherungen, daß man das besondere Vertrauen der Besatzungsmacht habe, können hier nicht wirken, und auch der Hinweis, den Herr Lieutenant wiederholt machte, was alles durch eine offene Aussprache erreicht oder verhindert worden sei, schlägt bei dieser Gesamtsituation wenig zu Buche.

Anregungen aus der britischen wie aus der französischen Zone, wie auch unser eigenes Bedürfnis haben die Frage entstehen lassen, ob wir

jetzt nach der neuen Situation den Coordinations-Ausschuß einberufen. Es sind verschiedene Termine in Vorschlag gebracht worden, auch verschiedene Orte. Wir selber hier wünschten Anfang Januar Stuttgart, da wir am 5. und 6. unsere seit Jahrzehnten traditionelle Tagung haben. Ich kann im Augenblick noch nicht übersehen, wie die telefonischen und telegrafischen Verhandlungen, die Ernst Mayer zu führen begonnen hat, praktisch verlaufen werden. Es ist dabei natürlich auch eine Vertretung der Ostzone sehr erwünscht. Aber ich stehe nicht an, Ihnen mit allem Freimut zu sagen, daß mir von verschiedenen Seiten gesagt wurde, daß man sich mit Ihnen nicht mehr an einen Tisch setzen werde und sofort den Ausschuß verlasse, da eine Erbitterung, wenn nicht Verbitterung über Ihr Mißachten der Grundlage der Frankfurter Beschlüsse entstanden ist. Ich selber gehe natürlich nicht so weit, da unsere alten Beziehungen mir es immer möglich machen werden, mit Ihnen ein offenes, sachliches Gespräch zu führen und da ich selber nur geringes Talent zum Ressentiment besitze. Aber wenn die Sitzung in Stuttgart stattfinden sollte, müßte ich selber wünschen, daß Sie nicht teilnehmen. Denn es würde nach der eindeutigen Haltung, die wir zu dem Volkskongreß eingenommen haben, unmöglich erscheinen, daß wir zu irgendeiner verwaschenen Entschließung kommen, und einen schroffen Bruch mit Ihnen möchte ich von hier aus vermeiden. Wollen Sie bitte nicht die Meinung haben, daß das Schicksal von Ostdeutschland und die ideelle Zusammengehörigkeit mit der liberal-demokratischen Partei in der Ostzone für unser Bewußtsein irgendwie blasser geworden wäre. Ich muß es mir versagen, in diesen Zeilen, die jetzt schon lang genug geworden sind, den Versuch zu machen, die augenblickliche weltpolitische Lage zu beurteilen; sachlich ist dazu kein Deutscher recht im Stande, und ich bin in diesen Dingen zur Zeit auch nichts anderes als ein x-beliebiger Zeitungsleser. Ich denke nicht daran, den Osten abzuschreiben, aber fürchte, daß die kommende Politik der Volkskongresse ein Scheidungsgefühl akzentuieren wird, das für die deutsche Gesamtlage nur unerwünscht sein kann.

Die Vorgänge in der CDU sind mir nach der sachlichen und personellen Seite im einzelnen undurchsichtig. Ich übersehe die Rolle nicht, die Nuschke dort jetzt spielt; die anderen Namen, die ich in der Zeitung las, sind mir eben nichts anderes als Namen, aber ich habe die Empfindung, daß Jakob Kaiser, den ich in meinem Leben noch nie gesehen habe, in der Niederlage eine deutsche Figur geworden ist, während Sie, so hart es ist, das auszusprechen, eine gewesen sind. Das schmerzt mich sehr, aber die Dinge müssen auch hart gesagt werden können.

Empfehlen Sie mich der Gattin und seien Sie begrüßt

Ihr

gez. Theodor Heuss